



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Entscheiderbrief

Informationsschnelldienst

11/2023

Das BAMF

Inhaltsverzeichnis

Verfahren 3

BVerwG: Widerruf von Familienasyl und -flüchtlingsschutz infolge des Todes des Stammberechtigten 3

Multiple Krisen verschärfen die humanitäre Lage in Afghanistan 3

Neuer Länderreport zu Burundi 5

Rechtsprechung 5

VG Trier / Irak: Keine Verfolgung bei Desertion 5

VG Schwerin / Benin: Inländische Fluchtalternative bei Bedrohungen 6

Blick zum Nachbarn

Italien: Regierung Meloni – Bilanz der einjährigen Amtszeit 7

Neuerwerbungen der Bibliothek 9

Impressum 11



BVerwG: Widerruf von Familienasyl und -flüchtlingsschutz infolge des Todes des Stambberechtigten

Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) hat mit Urteil vom 11. Oktober 2023 (Az. BVerwG 1 C 35.22) entschieden, dass mit dem Tod des Stambberechtigten dessen Asylberechtigung und Flüchtlings-eigenschaft im Sinne von § 73a Satz 2 und 3 AsylG „erlischt“.

Verfahrensgegenständlich war ein Bescheid des Bundesamtes, mit dem die Anerkennung als Asylberechtigte und die zuerkannte Flüchtlings-eigenschaft aus abgeleitetem Recht gem. § 73 Abs. 2b Sätze 2 und 3 AsylG alte Fassung einer eritreischen Klägerin widerrufen wurden, nachdem sich im Rahmen der Regelüberprüfung herausgestellt hatte, dass der stambberechtigte Ehemann der Klägerin im Jahr 2016 verstorben war. Gleichzeitig mit dem Widerruf wurde durch das Bundesamt festgestellt, dass die Voraussetzungen für ein Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 5 und 7 AufenthG bei der Klägerin vorliegen.

Das Verwaltungsgericht (VG) Gießen hatte mit seinem Urteil vom 14. Oktober 2022 (6 K 2801/19.GI.A) entschieden, dass der Widerruf der Schutzzuerkennung durch das Bundesamt rechtmäßig erfolgt ist, hatte aber die Sprungrevision wegen grundsätzlicher Bedeutung zugelassen. Es sollte die Frage geklärt werden, ob der Tod des Stambberechtigten einen Fall des „Erlöschens“ seiner Flüchtlings-eigenschaft im Sinne von § 73 Abs. 2b Satz 3 AsylG alte Fassung darstellt und bei Vorliegen der sonstigen dort genannten Voraussetzungen den Widerruf des abgeleiteten Familienflüchtlingsschutzes rechtfertigt.¹

Das BVerwG hat nun entschieden, dass der Widerruf der Familienflüchtlingseigenschaft rechtmäßig war. Der Tod des Stambberechtigten bewirkt ein Erlöschen seiner Flüchtlings-eigenschaft. Dem steht weder der Wortlaut des § 73a Satz 3 AsylG, noch in systemischer Hinsicht § 72 Abs. 1 Satz 1 AsylG entgegen. Die Flüchtlings-eigenschaft ist ein höchstpersönliches Recht, das seinem Wesen nach der Person des Flüchtlings anhaftet. Sie ist weder übertragbar noch erblich. Mit dem Tod des Statusinhabers geht sie unter und nicht im Wege der Gesamt- oder Einzelrechtsnachfolge auf andere Personen über. Das Erlöschen infolge des Eintritts des Todes ist eine Selbstverständlichkeit, deren ausdrückliche gesetzliche Regelung weder der Rechtskundige noch der juristische Laie erwartet.

¹ Vgl. VG Gießen, Urteil vom 14.10.2022, 6 K 2801/19.GI.A, in MLO: https://milo.bamf.de/OTCS/cs.exe/fetchcsui/-29057046/VG_Gie%C3%9Fen%2C_vom_14.10.2022%2C_6_K_2801_19.GI.A%2C_Urteil.pdf?no-deid=29059139&vernum=-2, abgerufen am 15.11.2023.

Dem Grundgedanken des Asylrechts, dass Schutz nur demjenigen gewährt wird, der der Schutzgewährung auch bedarf, wird bei der Erstreckung des Begriffes „Erlöschen“ im Sinne des § 73a Satz. 3 AsylG auf den Fall des Todes des Stambberechtigten, auch hinreichend dadurch Rechnung getragen, dass ein Widerruf des Familienschutzes nur dann erfolgen kann, wenn dem Ausländer nicht aus anderen (eigenen) Gründen internationaler Schutz zuerkannt werden könnte. Ansonsten würde der Familienangehörige eine Rechtsposition „erben“, die der Stambberechtigte, der zu seinen Lebzeiten ebenso wie andere Schutz-berechtigte den Beendigungsgründen der §§ 72 ff. AsylG unterlag, niemals besaß. Es würde zu einer weitgehenden Versteinerung des Familienflüchtlingsschutzes kommen.

Auch eine historisch-genetische Auslegung des § 73a Satz 3 AsylG zwingt zu keinem anderen Normverständnis und steht auch mit höherrangigem Recht in Einklang.

Der Familienangehörige kann nach dem Tod des Stambberechtigten, das (Fort-) Bestehen einer Verfolgungsgefährdung innerhalb des Widerrufsverfahrens geltend machen. Zu beachten ist zudem, dass der Widerruf des asylrechtlichen Familienschutzes nicht gleichsam automatisch auch den Widerruf der dem Familienangehörigen erteilten Aufenthaltserlaubnis zur Folge hat.²

Die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes bestätigt die Rechtsauffassung des Bundesamtes.

*Grundsatzangelegenheiten der Prozessführung,
Revisionsverfahren*

Multiple Krisen verschärfen die humanitäre Lage in Afghanistan

Die Machtübernahme der Taliban im August 2021 löste eine schwere Wirtschaftskrise in Afghanistan aus. Seitdem haben sich einige Indikatoren stabilisiert, jedoch auf einem deutlich niedrigeren Niveau und ohne Perspektive auf Aufschwung. Viele Familien müssen auf negative Bewältigungsstrategien (z. B. Land verkaufen) zurückgreifen, weshalb auch erträgliche

² Vgl. BVerwG, Urteil vom 11.10.2023, BVerwG 1 C 35.22, in MLO: https://milo.bamf.de/OTCS/cs.exe/fetchcsui/-29058366/BVerwG%2C_vom_11.10.2023%2C_BVerwG_1_C_35.22%2C_Urteil.pdf?no-deid=29058259&vernum=-2, abgerufen am 15.11.2023.

Ernten nur kurzfristige Erleichterung schaffen.³ Laut dem Welternährungsprogramm (WFP) sind aktuell etwa 29,2 Mio. Menschen, zwei Drittel der Bevölkerung, auf humanitäre Hilfe angewiesen. 15 Mio. Menschen sind von akutem Hunger betroffen.⁴ Nun verschärfen zwei weitere Krisen die humanitäre Situation: eine Reihe schwerer Erdbeben in der Provinz Herat und der Beginn massenhafter Ausweisungen aus Pakistan. Zwischen dem 7. und 15. Oktober 2023 traf die westliche Provinz Herat eine Reihe starker Erdbeben. Schätzungen gehen von 1.400 Toten, 1.800 Verletzten und 25.000 zerstörten Gebäuden aus.⁵ Frauen waren besonders stark betroffen, da sie sich zum Zeitpunkt des ersten Bebens mehrheitlich in den Häusern befanden.⁶ Auch die bereits schlechte medizinische Infrastruktur wurde teilweise zerstört und in den besonders stark betroffenen ruralen Gebieten konnten viele Menschen keine medizinische Hilfe bekommen. Nach dem Beben trauten sich viele Menschen nicht mehr in ihre Häuser und lebten wochenlang im Freien, ohne sanitäre Einrichtungen, sauberes Wasser und oft ohne Schutz vor bereits einsetzender Kälte.⁷ Auch einen Monat nach dem ersten Beben schlafen noch Zehntausende im Freien.⁸ Es wird eine Hungersnot in der Region befürchtet.⁹

3 World Bank: Afghanistan Development Update, Oktober 2023, <https://thedocs.worldbank.org/en/doc/210d5f24dc33a3460beff3447fcea3dcf-0310012023/original/Afghanistan-Development-Update-20231003-final.pdf>, abgerufen am 08.11.2023, S. 6 – 8; Clark, Kate: Survival and Stagnation: The State of the Afghan economy, in: Afghanistan Analysts Network, 07.11.2023, <https://www.afghanistan-analysts.org/en/reports/economy-development-environment/survival-and-stagnation-the-state-of-the-afghan-economy/>, abgerufen am 08.11.2023; Foschini, Fabrizio und Soroush, Rohullah: No Food For Hope. Afghanistan's Child Malnutrition Dilemma in 2023, in: Afghanistan Analysts Network, 07.07.2023, <https://www.afghanistan-analysts.org/en/reports/economy-development-environment/no-food-for-hope-afghanistans-child-malnutrition-dilemma-in-2023/>, abgerufen am 21.09.2023; Behzan, Frud: The Azadi Briefing. Afghans Fear Another Brutal Winter As Hunger Crisis Worsens, in: RFE/RL, 06.10.2023, <https://www.rferl.org/a/afghanistan-azadi-briefing-winter-hunger-crisis-iran-deportations/32626123.html>, abgerufen am 09.10.2023; FEWS NET: Humanitarian food need, down from last year amid falling prices, remains above average. Juli 2023, 29.08.2023, <https://reliefweb.int/attachments/1b15e0b8-9c67-4896-9c83-9d9c84c473b5/af-kmu-2023-08-1692892818.pdf>, abgerufen am 07.09.2023.

4 WFP: Afghanistan Situation Report, September 2023, https://reliefweb.int/attachments/1d4eabe9-2b88-4aac-9e83-64528d823702/20231016%20AFG%20External%20Sitrep_September%202023.pdf, abgerufen am 06.11.2023.

5 WFP: WFP appeals for US\$19 million as earthquakes leave many hungry and homeless in Afghanistan, 18.10.2023, <https://www.wfp.org/news/wfp-appeals-us19-million-earthquakes-leave-many-hungry-and-homeless-afghanistan>, abgerufen am 19.10.2023.

6 UN Women: Trapped in their homes: Women and girls comprise majority of earthquake casualties in Afghanistan, 25.10.2023, <https://www.unwomen.org/en/news-stories/feature-story/2023/10/trapped-in-their-homes-women-and-girls-comprise-majority-of-earthquake-casualties-in-afghanistan>, abgerufen am 06.11.2023.

7 Horn, Charlotte: Afghanistan: Zwischen Beben und Taliban, in: Tagesschau, 30.10.2023, <https://www.tagesschau.de/multimedia/podcast/11km-podcast-11km-966.html>, abgerufen am 06.11.2023; Independent Persian: تاراج رهش هب [Herat has become a city of tents], 16.10.2023, <https://tinyurl.com/2s4c4ety>, abgerufen am 19.10.2023; Chen, Heather: Aid groups warn devastation from Afghanistan earthquake 'worse than we imagined', in: CNN, 09.10.2023, <https://edition.cnn.com/2023/10/09/world/herat-afghanistan-earthquake-aid-challenges-intl-hnk/index.html>, abgerufen am 07.11.2023.

8 UNHCR (@Refugees): [Twitter], 07.11.2023, 13:19 Uhr, <https://twitter.com/Refugees/status/1721864917978861587>, abgerufen am 07.11.2023.

9 Horn, Charlotte: Afghanistan: Zwischen Beben und Taliban, in: Tagesschau, 30.10.2023 <https://www.tagesschau.de/multimedia/podcast/11km-podcast-11km-966.html>, abgerufen am 06.11.2023.

Gleichzeitig kündigte am 3. Oktober 2023 der pakistanische Interims-Innenminister Sarfaraz Bugti die Ausweisung aller sich illegal in Pakistan befindenden Personen an, was in der Praxis insbesondere afghanische Staatsangehörige betrifft. Er warf den Afghaninnen und Afghanen vor, Terrorismus zu unterstützen und Drogen zu schmuggeln. Seitdem sind pakistanische Autoritäten strikt gegen Menschen ohne Dokumente, aber auch teilweise gegen registrierte Geflüchtete vorgegangen.¹⁰ Täglich werden mehrere Tausend Afghaninnen und Afghanen aus Pakistan ausgewiesen.¹¹ Nach Angaben der Taliban sind allein zwischen dem 1. und 5. November 2023 etwa 180.000 Menschen aus Pakistan nach Afghanistan eingereist.¹² Die Grenzübergänge sind überfüllt und Hilfsorganisationen berichteten am 2. November 2023 von „chaotischen und verzweifelte“ Zuständen.¹³ Rückkehrerinnen und Rückkehrer hätten, auch aufgrund von Beschlagnahmungen durch pakistanische Behörden, keine finanziellen Mittel und keine Anlaufstellen in Afghanistan. Die Taliban sollen Zeltlager an den Grenzübergängen aufgebaut haben, doch dort gibt es nur eingeschränkten Zugang zu Trinkwasser, kaum Lebensmittel, kein Licht und keine Heizung sowie keine sanitären Anlagen.¹⁴ In Afghanistan sind bereits ca. 6,6 Mio. Menschen durch Gewalt und Naturkatastrophen intern vertrieben.¹⁵ Sie leben größtenteils in improvisierten Siedlungen und haben keinen Ort, an den sie zurückkehren können.¹⁶

In den Krisenregionen sind internationale Organisationen vor Ort, um humanitäre Hilfe zu leisten.

10 Salam Watandar: Pakistan's new deadline for Afghan refugees sparks unrest, 04.10.2023, <https://swa.af/en/2023/10/pakistans-new-deadline-for-afghan-refugees-sparks-unrest/>, abgerufen am 09.10.2023; Kabul Now: Pakistan to Evict Refugees as Tensions Rise with Taliban, 04.10.2023, <https://kabulnow.com/2023/10/pakistan-to-evict-refugees-as-tensions-rise-with-taliban/>, abgerufen am 09.10.2023; Hussain, Abid: 'Why am I being sent back?' Hurt, anger for Afghans pushed out by Pakistan, in: Aljazeera, 03.11.2023, <https://www.aljazeera.com/features/2023/11/3/why-am-i-being-sent-back-hurt-anger-for-afghans-pushed-out-by-pakistan>, abgerufen am 07.11.2023.

11 Hussain, Abid: Thousands of Afghan refugees fleeing Pakistan as deportation deadline looms, in: Aljazeera, 31.10.2023, <https://www.aljazeera.com/news/2023/10/31/thousands-of-afghan-refugees-fleeing-pakistan-as-deportation-deadline-looms>, abgerufen am 02.11.2023.

12 Hakimi, Bibi Amina: Islamic Emirate Allocates 2 Billion Afs for Returnees, in: ToloNews, 05.11.2023, <https://tolonews.com/index.php/afghanistan-185903>, abgerufen am 07.11.2023.

13 Amu: Afghans cluster at Chaman border as Pakistan's eviction deadline approaches, 01.11.2023, <https://amu.tv/71196/>, abgerufen am 02.11.2023; Reuters: Pakistan-Afghanistan border crossing overwhelmed as Afghans face expulsion, 02.11.2023, <https://www.reuters.com/world/asia-pacific/pakistan-afghanistan-border-crossing-overwhelmed-afghans-face-expulsion-2023-11-02/>, abgerufen am 02.11.2023; IRC: Afghans returning from Pakistan after expulsion order have nowhere to go, warn aid agencies, 02.11.2023, <https://www.rescue.org/press-release/afghans-returning-pakistan-after-expulsion-order-have-nowhere-go-warn-aid-agencies>, abgerufen am 02.11.2023.

14 Horn, Charlotte: Aus Pakistan abgeschobene Afghanen verzweifeln im eigenen Land, in: Tagesschau, 06.11.2023, <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/afghanistan-fluechtlinge-verzweifelte-lage-100.html>, abgerufen am 06.11.2023.

15 UNDP: Institutional Strategy on Development Solutions to Internal Displacement, 23.08.2023, <https://www.undp.org/publications/institutional-strategy-development-solutions-internal-displacement#>, abgerufen am 08.11.2023.

16 Gul, Ayaz: Aid Group: 2 Afghan Children Die as Families Flee Taliban Demolition of Refugee Camp, in: VOA, <https://www.voanews.com/a/aid-group-2-afghan-children-die-as-families-flee-taliban-demolition-of-refugee-camp-/7177084.html>, abgerufen am 08.11.2023.

Allerdings sind ihre Möglichkeiten stark eingeschränkt. Viele Organisationen mussten ihre Arbeit auf Grund der Restriktionen der Taliban aufgeben oder einschränken.¹⁷ Immer wieder gibt es Vorwürfe, die Taliban würden Hilfen zu ihrem eigenen Nutzen und/oder zur Benachteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen umlenken.¹⁸ Über allem steht jedoch die mangelnde Finanzierung: Schon im September 2023 – vor den Erdbeben und den massenhaften Ausweisungen aus Pakistan – meldete das WFP, dass sie 10 Mio. bedürftige Menschen nicht mehr unterstützen können.¹⁹ Auch UNICEF fehlt mehr als 50 % der Finanzierung, um festgestellte Bedarfe abzudecken.²⁰ Mit Stand 2. November 2023 war die vom Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (UNOCHA) avisierte Hilfe für Betroffene des Erdbebens in der Provinz Herat nur zu 26 % finanziert.²¹

Gerade im Herbst ist humanitäre Hilfe für viele Menschen essentiell: Abgelegene, ländliche Gebiete können bei Schneefall nicht von humanitärer Hilfe erreicht werden und müssen sich nun auf den Winter vorbereiten.²² Menschen, deren Häuser während der Erdbeben zerstört wurden oder die aus Pakistan zurückgekehrt sind, haben keinen Schutz vor der Kälte. Im Winter 2022/23 sind zahlreiche Menschen während einer Kältewelle gestorben.²³ Da Afghanistan besonders stark von den Konsequenzen des Klimawandels betroffen ist, ist auch in Zukunft mit extremen Wetterbedingungen zu rechnen.²⁴

Länderanalysen

17 UN Women: Tracking Impact Report on the ban on women working with NGOs, INGOs and UN in Afghanistan - Fifth Snapshot (May 2023), 05.06.2023, <https://reliefweb.int/report/afghanistan/tracking-impact-report-ban-women-working-ngos-ingos-and-un-afghanistan-fifth-snapshot-may-2023>, abgerufen am 07.11.2023; Saifullah, Masood: Afghan earthquake response exposes Taliban's inability, in: DW, 20.10.2023, <https://www.dw.com/en/afghan-earthquake-response-exposes-talibans-inability/a-67161995>, abgerufen am 23.10.2023.

18 Iltaf, Maisam: Taliban's Disruption of Aid Programs Push Hazaras To the Brink, in: Kabul Now, 24.09.2023, <https://kabulnow.com/2023/09/talibans-disruption-of-aid-programs-push-hazaras-to-the-brink/>, abgerufen am 25.09.2023; WFP: Afghanistan Situation Report, September 2023, a.a.O.

19 WFP: WFP in Afghanistan forced to drop 10 million people from lifesaving assistance, deepening despair and worry for Afghans, 05.09.2023, <https://www.wfp.org/news/wfp-afghanistan-forced-drop-10-million-people-lifesaving-assistance-deepening-despair-and>, abgerufen am 07.09.2023.

20 UNICEF: Afghanistan Humanitarian Situation Report 1 – 30 September 2023, 24.10.2023, <https://reliefweb.int/attachments/69f8368e-f0bf-4a0e-848d-f8f929f677d2/UNICEF%20Afghanistan%20Humanitarian%20Situation%20Report%20No.%209%2C%2030%20September%202023.pdf>, abgerufen am 06.11.2023.

21 OCHA: Afghanistan: Herat Earthquake Response, 02.11.2023, https://reliefweb.int/attachments/ec2a08b4-2369-42fc-b229-c59e0d5fbd64/02.11.23%20Herat%20Earthquake%20Sit%20Rep%20No.%202_final.pdf, abgerufen am 06.11.2023.

22 WFP: Afghanistan Situation Report, September 2023, a.a.O.

23 Reuters: More than 160 Afghans die in bitterly cold weather, 26.01.2023, <https://www.reuters.com/world/asia-pacific/more-than-160-afghans-die-bitterly-cold-weather-2023-01-26/>, abgerufen am 07.11.2023.

24 UNAMA: Afghanistan discusses climate change disaster, calls for urgent coordinated action, 19.10.2023, <https://unama.unmissions.org/afghanistan-discusses-climate-change-disaster-calls-urgent-coordinated-action>, abgerufen am 07.11.2023.

Neuer Länderreport zu Burundi

Der 62. Länderreport aus den Länderanalysen befasst sich mit der aktuellen Lage in Burundi. Seit dem Amtsantritt von Präsident Évariste Ndayishimiye im Juni 2020 hat sich die Menschenrechtslage in Burundi nur teilweise verbessert. Viele vom Präsidenten wiederholte Versprechen, für Gerechtigkeit und politische Toleranz zu sorgen, sind nicht in die Tat umgesetzt worden. Der vorliegende Bericht gibt einen Überblick über die allgemeine politische, gesellschaftliche, menschenrechtliche und wirtschaftliche Situation des Landes.

Der Länderreport kann wie gewohnt über die BAMF-Homepage unter „[Publikationen](#)“ abgerufen und verwendet werden.

Länderanalysen

VG Trier / Irak: Keine Verfolgung bei Desertion

Mit Urteil vom 30. August 2023 (Az. 7 K 1042/23 TR) entschied das Verwaltungsgericht (VG) Trier, dass einem irakischen Militärangehörigen keine flüchtlingsrechtlich relevante Verfolgung bzw. keine unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung aufgrund von Desertion drohe. Asylbe gründend trug der Kläger im vorliegenden Fall vor, dass er Berufssoldat gewesen sei. Aufgrund seiner kurdischen Volkszugehörigkeit sei er von Schiiten und schiitischen Milizen oft beleidigt worden. Nachdem sein Haus von der irakischen Armee und den Volksmobilisierungskräften zerstört worden sei, habe er nicht mehr dienen können und sei desertiert. Sein Befehlshaber habe mehrfach verlangt, dass der Kläger wieder zum Dienst erscheine, was er jedoch abgelehnt habe. Im Klageverfahren legte er zudem einen Haftbefehl vor, wonach er zu einer Freiheitsstrafe von insgesamt neun Monaten sowie zu einer Geldzahlung in Höhe von ca. 75 USD wegen unerlaubten Fernbleibens vom Dienst und dem fahrlässigen Verlust, der Zerstörung oder Beschädigung militärischen Materials verurteilt worden sei.

Das VG urteilte, dass weder im Haftbefehl selbst, noch in einer etwaigen Inhaftierung des Klägers eine Verfolgung im Sinne des § 3 AsylG zu erkennen sei. Es könne nicht angenommen werden, dass jeder Deserteur mit der Nichterfüllung seiner Dienstpflicht zugleich eine politische Meinungskundgabe verbinden will, noch dass eine solche jedem Deserteur vom Staat zugeschrieben wird. Im vorliegenden Fall sei von der

bloßen Ahndung eines Dienstpflichtverstoßes auszugehen, ohne dass eine besondere politische Motivation erkennbar wäre. Dies gilt insbesondere aufgrund des verhängten Strafmaßes. Sowohl für das dem Kläger vorgeworfene Fernbleiben vom Dienst als auch für den fahrlässigen Verlust, die Zerstörung oder Beschädigung militärischen Materials sieht der Strafrahmen im irakischen Recht eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren vor. Die Strafbewehrung sei somit nicht unverhältnismäßig hoch und bewege sich am unteren Ende des Strafrahmens.

Auch seien die Voraussetzung für die Zuerkennung des subsidiären Schutzes nicht erfüllt. Dabei lässt das VG offen, ob der Kläger aufgrund der Haftbedingungen in irakischen Haftanstalten und Gefängnissen eine unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung zu erwarten hätte. Der Vollstreckung der gegen ihn verhängten Strafe könne er entgehen, indem er wieder in den Militärdienst eintritt und seinen Dienst bis zum Ablauf seiner Verpflichtungszeit ableistet. Auf der Grundlage eines Beschlusses des Ministerrates vom Juni 2019 können ehemalige Angehörige des irakischen Militärdienstes wieder in den Dienst zurückkehren und so einer Strafverfolgung auf der Grundlage des Militärstrafgesetzes entgehen. Dies sei dem Kläger auch zuzumuten. Sollte er seine Tätigkeit mit seinem Gewissen nicht mehr vereinbaren können bzw. aufgrund der damit einhergehenden Verletzungsgefahr nicht mehr ausüben wollen, sei er darauf zu verweisen, sich auf legalem Weg um eine Entlassung aus dem Dienstverhältnis zu bemühen. Das VG verneinte schließlich auch den Anspruch auf Feststellung eines Abschiebungsverbotes nach § 60 Abs. 5 bzw. Abs. 7 AufenthG.²⁵

Rechtsdokumentation

VG Schwerin / Benin: Inländische Fluchtalternative bei Bedrohungen

Mit dem Urteil vom 19. September 2023 entschied das Verwaltungsgericht (VG) Schwerin (Az. 5 A 1418/22 SN), dass man sich bei etwaigen Bedrohungen in Benin auf die Inanspruchnahme einer inländischen Fluchtalternative verweisen lassen muss. Zu ihren Asylmotiven trug die Staatsangehörige Benins vor, dass sie einen Schlepper kennengelernt habe, der ihr ein besseres Leben in Europa versprochen habe. Nachdem sie jedoch in Europa angekommen sei, sei sie zur Prostitution gezwungen worden, um ihre

Schulden abzubezahlen. Bei einer Rückkehr fürchte sie sich vor der Rache des Schleppers, da sie geflohen sei, ohne die Schulden zu bezahlen.²⁶

Den dem Verwaltungsgericht vorliegenden Erkenntnissen nach, gilt in Benin Bewegungsfreiheit. Zwar können Reisen durch Straßensperren oder geforderte Bestechungsgelder beeinträchtigt werden, anderen Quellen zufolge soll es seit 2018 jedoch keine illegalen Straßensperren mehr geben. Gewichtige Einschränkungen gebe es auch nicht aufgrund von Krieg oder sonstigen bedeutenderen Gefahren, lediglich im Norden Benins könne das Risiko terroristischer Angriffe wachsen. Reise- oder Ortseinschränkungen für bestimmte Ethnien oder Beschränkungen des Wohn- und Aufenthaltsortes bezüglich der Religion existieren ebenso wenig. Die Verfassung verbietet ethnische Diskriminierung und garantiert die Religionsfreiheit und auch in der Praxis findet ethnische oder religiöse Diskriminierung nicht statt.²⁷ Ein Meldewesen ist in Benin nicht vorhanden.²⁸ Ein Auffinden erscheint bei einer Landesfläche von über 100.000 km² mit mehr als zehn Millionen Einwohnern und mehreren Großstädten unwahrscheinlich. Die generelle wirtschaftliche und soziale Situation stellt sich für die Überzahl der Bevölkerung in Benin als problematisch dar. Das Land gehört zu den ärmsten der Welt und ein Drittel der Einwohner lebt in extremer Armut.²⁹ Der entscheidende Richter ist allerdings überzeugt, dass keine hinreichenden Anzeichen auf existenzielle Probleme, die mit hoher Wahrscheinlichkeit über die Armut hinausgehen, vorliegen. Auch an einem anderen als dem Heimatort wäre ein wirtschaftliches Existenzminimum für die Klägerin zu erreichen.

Folglich ist das Verwaltungsgericht in diesem Fall zur Überzeugung gelangt, dass die Klägerin keinen Anspruch auf die Zuerkennung der Asylberechtigung und Flüchtlingseigenschaft sowie die Gewährung subsidiären Schutzes habe. Außerdem seien keine Gründe für die hilfsweise Feststellung von Abschiebungsverböten nach § 60 Abs. 5 und 7 Satz 1 AufenthG ersichtlich. So habe die Klägerin keine ihr drohende relevante Verfolgung oder Gefahren glaubhaft gemacht und müsse sich ansonsten auf die Möglichkeit einer inländischen Fluchtalternative gemäß § 3e AsylG verweisen lassen. Es sei davon auszugehen, dass die Klägerin sich überall landesweit ohne Registrierung aufhalten könne

26 Vgl. VG Schwerin, Urteil vom 19.09.2023, 5 A 1418/22 SN, in MLO: https://milo.bamf.de/OTCS/cs.exe/fetchcsui/-29041545/VG_Schwerin%2C_vom_19.09.2023%2C_5_A_1418_22_SN%2C_Urteil.pdf?nodeid=29043411&vernum=-2, abgerufen am 03.11.2023.

27 Vgl. Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl, Länderinformationsblatt der Staatendokumentation Benin, 27.04.2020; vgl. Freedom House, Bericht Benin, 03.03.2021; vgl. United States Department of State, Benin 2020 Human Rights Report vom 30.03.2021; vgl. Bertelsmann Stiftung, BTI 2020 Country Report Benin vom 29.04.2020, alle Quellen zitiert nach VG Schwerin, Urteil vom 19.09.2023, 5 A 1418/22 SN, a.a.O.

28 Vgl. Accord, Anfragebeantwortung zu Benin, 05.09.2014, zitiert nach VG Schwerin, Urteil vom 19.09.2023, 5 A 1418/22 SN, a.a.O.

29 Vgl. Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl, Länderinformationsblatt der Staatendokumentation Benin, 27. April 2020, zitiert nach VG Schwerin, Urteil vom 19.09.2023, 5 A 1418/22 SN, a.a.O.

25 Vgl. VG Trier, Urteil vom 30.08.2023, 7 K 1042/23.TR, in MLO: https://milo.bamf.de/OTCS/cs.exe/fetchcsui/-29041888/VG_Trier%2C_vom_30.08.2023%2C_7_K_1042_23.TR%2C_Urteil.pdf?nodeid=29043757&vernum=-2, abgerufen am 16.11.2023.

und ihr an einem anderen Ort ihres Herkunftslandes keine unzumutbare Benachteiligung, insbesondere die Einschränkung grundlegender Menschenrechte, drohe. Schließlich liegen dem Gericht auch keine ausreichenden Indizien dafür vor, dass es der Klägerin nicht möglich sein sollte ihre Existenz zu sichern. So könne sie ggfs. zunächst die in Benin verbreiteten Gelegenheitsarbeiten im informellen Sektor wahrnehmen.³⁰

Rechtsdokumentation

Blick zum Nachbarn – Italien: Regierung Meloni – Bilanz der einjährigen Amtszeit

Am 22. Oktober 2023 jährte sich die Amtszeit der ersten Ministerpräsidentin Italiens, Giorgia Meloni. Ihre Partei „Fratelli d'Italia“ war mit 26 % der Stimmen stärkste Kraft im Wahlkampf. Der Erfolg stellte einen Wendepunkt in der politischen Geschichte Italiens dar, denn zum ersten Mal seit der Gründung der Italienischen Republik im Jahr 1946 ist eine Partei an der Spitze des Landes, die einen neofaschistischen bzw. postfaschistischen Hintergrund hat.³¹ Ihr Schwerpunkt bei Amtsantritt lag vor allem auf kulturellen, traditionellen und identitären Aspekten, wobei das Thema Einwanderung stark mit der inneren Sicherheit und der Lebensqualität der Bürger verknüpft wird.³² Es verwundert also nicht, dass die restriktive Einwanderungspolitik des damaligen Innenministers Matteo Salvini weiter fortgeführt wird.

Was das Thema Migration angeht, ist festzustellen

- dass die Zahl der Asylantragstellenden in Italien in den letzten drei Jahren stark angestiegen ist (vgl. 2020: 26.940, 2021: 53.610, 2022: 84.290, 08/2023: rd. 91.250).³³
- dass seit Beginn des russischen Angriffskrieges über 187.000 aus der Ukraine Geflüchtete in Italien Schutz suchten und sich gegenwärtig noch rd. 168.000 mit einem temporären Schutzstatus im Land aufhalten.³⁴
- dass insbesondere die Anlandung von über das Mittelmeer Geflüchteten stark zugenommen hat (vgl. 2022: rd. 105.000, 11/2023: rd. 146.500). Sie kamen hauptsächlich aus Guinea, Côte d'Ivoire, Tunesien und Ägypten.³⁵

³⁰ Vgl. VG Schwerin, Urteil vom 19.09.2023, 5 A 1418/22 SN, a.a.O.

³¹ Vorläufer der Fratelli d'Italia war die Partei Alleanza Nazionale, die 1995 aus der 1946 gegründeten neofaschistischen Movimento Sociale Italiano hervorging.

³² Vgl. Ghantuz Cubbe, Giovanni de: Die Wahlen zum italienischen Parlament 2022. In: MIDEM-Policy Brief 2022-6, S. 5.

³³ Vgl. Eurostat.

³⁴ Vgl. <https://data.unhcr.org/en/situations/ukraine>, abgerufen am 15.11.2023.

³⁵ Vgl. <https://data2.unhcr.org/en/documents/details/104727>, abgerufen am 14.11.2023.

- dass auf der Insel Lampedusa allein im September 2023 mehr als 10.000 Bootsflüchtlinge anlandeten und die Unterbringungskapazitäten bei Weitem nicht ausreichten.

Maßnahmen zur Begrenzung der Einwanderung

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, hat die italienische Regierung unter Giorgia Meloni zahlreiche Maßnahmen, wie beispielsweise die Anpassung rechtlicher Regelungen, auf den Weg gebracht, um die Einwanderung zu begrenzen. Die Maßnahmen im Einzelnen:

- Im November 2022 verweigerte die italienische Regierung dem NGO-Schiff Ocean Viking, welches 200 Geflüchtete an Bord hatte, das Anlegen an den italienischen Küsten.
- Am 5. Dezember 2022 informierte die italienische Dublin-Einheit andere an das Dublin-System gebundene Länder darüber, dass ab dem darauffolgenden Tag die Überstellungen nach Italien ausgesetzt werden, da es keine Plätze im Aufnahmesystem gibt.
- Mit dem Gesetzesdekret Nr. 15 vom 24. Februar 2023 wurden die Vorschriften für den Einsatz von NGO-Schiffen reformiert. Insbesondere ist vorgesehen, dass Schiffe nach der ersten Rettungsaktion unmittelbar in einen ihnen zugewiesenen Hafen einlaufen müssen, ohne weitere Rettungsoperationen durchzuführen. Bei Zuwiderhandlung sind hohe Geldstrafen für den Kapitän vorgesehen. Diese Vorschrift steht im Widerspruch zur EU-Richtlinie 2013/32 über Verfahren zur Gewährung internationalen Schutzes und belastet die Rettungseinsätze unangemessen.
- Am 26. Februar 2023 kamen bei einem Schiffsunglück in der Nähe der kalabrischen Küste mehr als 90 Menschen ums Leben. Daraufhin forderten mehrere Organisationen der Zivilgesellschaft die italienische Regierung auf, sichere und legale Zugangswege nach Italien zu schaffen. Die Regierung verabschiedete in der Folge einen Dringlichkeitserlass zur legalen Einreise ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und zur Verhinderung und Bekämpfung der irregulären Einwanderung.³⁶ Damit wurden zwar die strafrechtlichen Maßnahmen gegen Menschenhändler verschärft und die Möglichkeiten der Einreise nach Italien durch Arbeitserlaubnisse erweitert, aber gleichzeitig auch quotiert und Kontingente für italienische Bürgerinnen und Bürger auf dem einheimischen Arbeitsmarkt eingeführt.
- Am 17. März 2023 wurde die Liste der sicheren Herkunftsländer um Côte d'Ivoire, Gambia,

³⁶ Vgl. <https://www.normattiva.it/atto/caricaDettaglioAtto?atto.dataPubblicazioneGazzetta=2023-03-10&atto.codiceRedazionale=23G00030&atto.articolo.numero=0&atto.articolo.sottoArticolo=1&atto.articolo.sottoArticolo1=0&qId=30e382e9-3776-495e-8294-61ad612fe29b&tabID=0.043712590803854035&title=bl.dettaglioAtto&generaTabId=true>, abgerufen am 15.11.2023.

- Georgien und Nigeria erweitert.
- Im April 2023 rief die italienische Regierung aufgrund des anhaltenden Zustroms von Geflüchteten über die Mittelmeerroute für sechs Monate den Ausnahmezustand aus, der kürzlich um weitere sechs Monate verlängert wurde. Dies verschaffte der Regierung die Möglichkeit, in sehr kurzer Zeit weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Aufnahme von Geflüchteten – insbesondere im Bereich der Unterbringung – auf den Weg zu bringen. So wurde das Kontingent in den Sonderaufnahmeeinrichtungen für Erwachsene um über 20 % und in den Sonderaufnahmestellen für unbegleitete Minderjährige um etwa 75 % erhöht. Das Kontingent in den Erstaufnahmeeinrichtungen stieg um fast 29 %.³⁷
 - Im Mai 2023 wurden mit dem Inkrafttreten des Gesetzes Nr. 50 mehrere Änderungen der nationalen Asylbestimmungen vorgenommen. Unter anderem wurde der Anwendungsbereich des Grenzverfahrens ausgeweitet und die Anzahl der Fälle, in denen ein Asylsuchender in Gewahrsam genommen werden kann, erweitert. Das betrifft Antragstellende, die gem. dem Dublin-III-Verfahren in einen anderen Mitgliedstaat überstellt werden sollen und bei denen eine Fluchtgefahr besteht, sowie Antragstellende, die sich in einer Grenz- oder Transitzone aufhalten und sich nicht ausweisen oder keine finanziellen Sicherheiten nachweisen können. Außerdem behält sich die italienische Regierung bei einem erneuten signifikanten Anstieg von Seeanlandungen auf Lampedusa und zur Gewährleistung einer angemessenen Aufnahme der Geflüchteten vor, das Rote Kreuz mit der Verwaltung dieses „Hotspots“ zu beauftragen. Weiter entfällt durch das neue Gesetz die Gewährleistung einer psychologischen Betreuung, eines Rechtsbeistandes und Sprachkurse in den Erstaufnahmeeinrichtungen. Das Gesetz ermöglicht zudem die provisorische Unterbringung von Antragstellenden in z. B. privaten Wohnungen, Hotels und Turnhallen, sofern die staatlichen Einrichtungen überfüllt sind.³⁸

Unterstützung durch die EU

Neben diesen national ergriffenen Maßnahmen erhielt Italien auch Unterstützung von der Europäischen Kommission (EU-KOM): Bereits im Juli 2023 schloss die Kommission mit Italien an ihrer Seite eine „Migrationsvereinbarung über eine strategische und umfangreiche Partnerschaft“ mit Tunesien. Hierin wurde Tunesien, welches als Transitland von Drittstaatsangehörigen aus Afrika zunehmend an Bedeutung gewinnt, eine Ausweitung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sowie finanzielle Unterstützung zugesprochen. Im Gegenzug soll das Land mit

Unterstützung der EU Maßnahmen gegen irreguläre Migration von Afrika nach Europa entwickeln und legale Migrationswege schaffen. Bestandteil des Abkommens war schließlich auch die Rückübernahme von tunesischen Staatsangehörigen, deren Asylantrag in Europa abgelehnt wurde.³⁹ Im September 2023 und im Rahmen ihres Besuches von Lampedusa stellte die Kommissionspräsidentin ihren „10-Punkte-Plan für Lampedusa“ vor. Danach soll Italien Verstärkung und Unterstützung von der EU-KOM, der Europäischen Asylagentur (EUAA) und der Europäischen Grenz- und Küstenwache (FRONTEX) u. a. im Bereich der Registrierung, der Rückführung, der Durchführung von Grenzverfahren und beschleunigten Verfahren sowie durch den Aufbau operativer Partnerschaften mit Herkunfts- und Transitländern erhalten.⁴⁰ Die Wirkungen dieses Aktionsplans werden sich in den nächsten Monaten zeigen. Spürbare Auswirkungen der Migrationsvereinbarung mit Tunesien gab es bisher nicht. Nach Angaben von InfoMigrants kamen zuletzt am 14./15. November 2023 über 1.400 Flüchtlinge in Lampedusa an.⁴¹

Italien als Vorreiter?

Die italienische Ministerpräsidentin verkündete indes einen neuen Plan, um das italienische Asylsystem zu entlasten: Nach einer gemeinsamen Absichtserklärung zwischen Italien und Albanien vom 8. November 2023 sollen über den Seeweg nach Italien Geflüchtete in Zukunft nach Albanien gebracht werden, wo italienische Beamte in Aufnahmelagern über Asylanträge entscheiden.⁴² Ein ähnliches Abkommen schloss Großbritannien im vergangenen Jahr mit Ruanda. Der erste Flug von Großbritannien nach Ruanda wurde jedoch vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) gestoppt.⁴³

Auch der britische Supreme Court erklärte die Auslagerung des Asylverfahrens nach Ruanda am 15. November 2023 für rechtswidrig. In der Begründung hieß es, dass die Mängel des Asylsystems in Ruanda so groß seien, dass eine reale Gefahr für Asylsuchende bestehe, in ihre Heimatländer zurückgewiesen zu werden.⁴⁴ Demnach sei Ruanda kein sicherer Drittstaat. Österreich und Dänemark haben bereits vor Jahren vorgeschlagen, Aufnahmezentren außerhalb der EU aufzubauen und dort die Asylverfahren durchzuführen. Deutschland prüft gerade, ob die Feststellung des Schutzstatus von Geflüchteten unter

³⁷ Vgl. <https://www.interno.gov.it/it/notizie/comitato-parlamentare-schen-gen-audizione-ministro-piantedosi>, abgerufen am 15.11.2023.

³⁸ Vgl. <https://tinyurl.com/y5mew3n4>, abgerufen am 14.11.2023.

³⁹ Vgl. [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2023/751467/EPRS_ATA\(2023\)751467_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2023/751467/EPRS_ATA(2023)751467_EN.pdf), abgerufen am 16.11.2023.

⁴⁰ Vgl. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_23_4503, abgerufen am 14.11.2023.

⁴¹ Vgl. <https://www.infomigrants.net/en/post/53249/italys-lampedusa-hot-spot-full-again-after-hundreds-arrive>, abgerufen am 15.11.2023.

⁴² Vgl. <https://www.zeit.de/news/2023-11/07/italien-will-in-albanien-auf-nahmezentren-fuer-migranten-errichten>, abgerufen am 15.11.2023.

⁴³ Vgl. <https://www.deutschlandfunk.de/europaeischer-gerichtshof-fuer-menschenrechte-grossbritannien-100.html>, abgerufen am 16.11.2023.

⁴⁴ Vgl. <https://www.supremecourt.uk/cases/uksc-2023-0093.html>, abgerufen am 16.11.2023.

Achtung der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention zukünftig auch in Transit- oder Drittstaaten erfolgen kann.⁴⁵

Informationszentrum Asyl und Migration (IZAM)

Neuerwerbungen der Bibliothek

Austermann, Nele: Neo-Refoulement - Europäisches Migrationsmanagement als öffentliche Gewalt. - 1. Auflage. - Bielefeld: transcript, 2023. - 1 Online-Ressource (206 Seiten). - Zugl.: Dissertation, Universität, Bremen, 2021. - ISBN 978-3-8394-6456-4

Bericht der Bundesregierung über die Situation unbegleiteter ausländischer Minderjähriger in Deutschland. - Stand: Mai 2023. - Berlin: BMFSFJ, 2023. - 1 Online-Ressource (140 Seiten)

Das Bundesamt in Zahlen: Asyl, Migration und Integration. - Stand: März 2023. - Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2023. - 1 Online-Ressource (56 Seiten)

Dietz, Andreas: Ausländer- und Asylrecht: Einführung. - 5. Auflage. - Baden-Baden: Nomos, 2023. - 280 Seiten. - ISBN 978-3-8487-7466-1

Dimakopoulos, Kostas: Der Berg kreiße und gebir eine Maus. - 1 Online-Ressource (8 Seiten). - In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik: ZAR. - 43 (2023), Heft 9, Seite 334-341

Egypt: Query response on the situation and treatment of the LGBTQI+ community. - August 2023 (COI between 1st January 2020 and 31st July 2023). - [London]: Asylum Research Centre (ARC), [2023]. - 1 Online-Ressource (189 Seiten)

Endres de Oliveira, Pauline; Tan, Nikolas Feith: External processing: a tool to expand protection or further restrict territorial asylum?. - February 2023. - Washington, DC: Migration Policy Institute, 2023. - 1 Online-Ressource (28 Seiten)

Fiedler, Ruben: Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung: eine Herausforderung für die Praxis. - 1 Online-Ressource (5 Seiten). - In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht: NVwZ. - 42 (2023), Heft 18, Seite 1374-1378

Ghosh, Bimal: Flüchtlingsströme und gemischte Migration: Bewältigung einer drohenden humanitären und wirtschaftlichen Krise. - Cham: Springer Gabler, 2023. - XVIII, 271 Seiten: Diagramme. - ISBN 978-3-031-21267-3

Graefe, Insa: Schutzgewährung für Geflüchtete aus dem Iran: Auswirkungen der aktuellen Lage im Iran auf die Entscheidungs- und Beratungspraxis. - 7 Seiten. - In: Asylmagazin: Zeitschrift für Flüchtlings- und Migrationsrecht. - (2023), Heft 9, Seite 289-195

Hilb, Laura: Die Unwägbarkeiten der Identitätsklärung. - 8 Seiten. - In: Asylmagazin: Zeitschrift für Flüchtlings- und Migrationsrecht. - (2023), Heft 9, Seite 281-288

Klaus, Sebastian: § 4 a AufenthG: eine Norm mit vielen offenen Detailfragen. - 1 Online-Ressource (15 Seiten). - In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik: ZAR. - 43 (2023), Heft 3, Seite 284-298

Marx, Reinhard: Flüchtlingsrechtliche Folgen des Vorrangs des Unionsrechts für die deutsche Rechtsprechung (Teil 1). - 1 Online-Ressource (7 Seiten). - In: Informationsbrief Ausländerrecht: InfAuslR. - (2023), Heft 10, Seite 370-376

Paulmann, Franziska: Positive Gerechtigkeitspflichten gegenüber Flüchtenden: eine gütertheoretische Untersuchung der Pflichten kollektiver Akteure im Kontext von Flucht. - 1. Auflage. - Baden-Baden: Nomos, 2023. - 1 Online-Ressource (353 Seiten). - Zugl.: Dissertation, Universität, Kassel, 2022. - ISBN 978-3-7489-3719-7

Plünnecke, Axel: Zuwanderung in akademischen MINT-Berufen - zunehmende Bedeutung und erste Erfolge. - 1 Online-Ressource (3 Seiten). - In: Wirtschaftsdienst: journal for economic policy / ZBW - Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft. - 103 (2023), Heft 9, Seite 648-650

Recommendations on family reunification within the Dublin procedure. - September 2023. - Luxembourg: Publications Office of the European Union, 2023. - 1 Online-Ressource (51 Seiten). - ISBN 978-92-9485-216-8

Ritgen, Klaus: Der Nachfolgeprozess zum Zweiten Flüchtlingsgipfel: erste Ergebnisse einer neuen Form der Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen im Migrationsrecht. - 1 Online-Ressource (6 Seiten). - In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik: ZAR. - 43 (2023), Heft 9, Seite 323-328

⁴⁵ Vgl. <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/migration-asyl-be-schluss-100.html>, abgerufen am 15.11.2023.

Schlee, Thorsten [u.a.]: An den Grenzen? Ausländerbehörden zwischen Anspruch und Alltag. - Oktober 2023. - Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, 2023. - 1 Online-Ressource (52 Seiten)

Strieder, Bernd: Hohe Hürden bei der Darlegung der grundsätzlichen Bedeutung gem. § 78 Abs. 3 Nr. 1 AsylG. - 1 Online-Ressource (6 Seiten). - In: Informationsbrief Ausländerrecht: InfAuslR. - (2023), Heft 10, Seite 364-369

Thym, Daniel: European Migration Law. - Oxford: Oxford University Press, 2023. - xlvii, 658 Seiten. - ISBN 978-0-19-289427-4

Tunisia: Query response on the situation and treatment of the LGBTQI+ community. - August 2023 (COI between 1st January 2020 and 31st July 2023). - [London]: Asylum Research Centre (ARC), [2023]. - 1 Online-Ressource (71 Seiten)

Uganda: Query response on the situation and treatment of the LGBTQI+ community. - August 2023 (COI between 1st January 2020 and 31st July 2023). - [London]: Asylum Research Centre, ARC, [2023]. - 1 Online-Ressource (184 Seiten)

Vetters, Larissa: Making sense of noncitizens' rights claims in asylum appeal hearings: practices and sentiments of procedural justice among German administrative judges. - 1 Online-Ressource (17 Seiten). - In: Citizenship studies. - 26 (2022), Heft 7, Seite 927-943

Wright Cappelen, Cornelius [u.a.]: The trade-off between admitting and paying: Experimental evidence on attitudes towards asylum responsibility-sharing. - 1 Online-Ressource (24 Seiten). - In: European Union politics. - 24 (2023), Heft 3, Seite 470-493

Impressum

ISSN 2940-7001

Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
90461 Nürnberg

Stand

11/2023

Druck

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Gestaltung

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Bildnachweis

iStockphoto

Bestellmöglichkeit

Referat Informationsvermittlung/Länder- und Rechtsdokumentation,

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg


E-Mail: [e-brief\(at\)bamf.bund.de](mailto:e-brief(at)bamf.bund.de)

<https://milo.bamf.de>

Sie können diese Publikation auch als barrierefreies PDF-Dokument herunterladen
unter: www.bamf.de/publikationen

Die Publikation wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags-, und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Besuchen Sie uns auf

 www.facebook.com/bamf.socialmedia

 [@BAMF_Dialog](https://twitter.com/BAMF_Dialog)

www.bamf.de

